

Volkswohl und Kindswohl

Podiumsgespräch zu den Konsequenzen der freien Schulwahl

Im Baselbiet wird über die freie Schulwahl gestritten. Der Entscheid fällt am Sonntag an der Urne. In Zürich wird noch diskutiert – im vollen Auditorium des Sihlhofs bemerkenswert differenziert.

wbt. Wankt die Volksschule, wenn die freie Schulwahl kommt? Wankt sie ohne freie Schulwahl? Absolut auf die eine oder andere Seite stellen wollte sich am Freitagabend kein Teilnehmer des von der Stiftung Pestalozzianum veranstalteten Podiumsgesprächs in der Pädagogischen Hochschule Zürich. Für Margarita Müller, Vizepräsidentin der Elternlobby Schweiz und Mitinitiantin der Zürcher Schulwahl-Initiative, steht fest, dass der hinter der Idee der Volksschule steckende Glaube an ein einheitliches, für alle Kinder geeignetes System überholt ist. Eine der Verschiedenheit der Kinder angemessene Vielfalt des pädagogischen Angebots könne sich nur entwickeln, wenn unterschiedliche Schulprofile von den Eltern für ihre Kinder auch gewählt werden könnten. Heute enthalte der Staat jenen Eltern, die ihr Kind nicht der staatlich verordneten Pädagogik mit ihren normierten Anforderungen ausliefern wollten, das Recht auf unentgeltlichen Unterricht vor. Und wer einen Wechsel der öffentlichen Schule beantrage, sei den Behörden ausgeliefert.

«Chirurgischer Eingriff»

Die freie Schulwahl sei keine Revolution, sondern ein kleiner chirurgischer Eingriff, der viel Leid von Kindern und Eltern verhindern könne, sagte FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger. Immer mehr Kinder wiesen Defizite auf, die dann mit Massnahmen bekämpft würden. Dabei suche

man das Problem immer beim Kind. Es werde zum «Fall», was die ganze Familie belaste. Ohne Wahlrecht bleibe den Eltern nur, die «pädagogischen Reparaturtrupps» zu akzeptieren.

«Qualität der Volksschule steigern»

Die Volksschule habe sich nie allein im Dreieck Kind - Eltern - Lehrperson definiert, entgegnete Lucien Criblet, Pädagoge an der Universität Zürich. Sie habe nie nur die Interessen der Beteiligten, sondern immer die Interessen der Allgemeinheit im Blick gehabt: Qualifikation für die Arbeitswelt, Sozialisation und Integration seien ihre Aufgaben. Insofern sei die Volksschule nicht nur Abbild, sondern Teil unseres demokratischen Staatsverständnisses. Zu lange habe man aber übersehen, wie gross die qualitativen Unterschiede zwischen den Schulen seien. Darauf könne man mit dem Wahl-Angebot reagieren, besser aber mit der Steigerung der Qualität.

Gerade Letzteres tue man ja, sagte SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr. Aber die Volksschule habe noch einen grossen Berg an Reformen zu bewältigen. Es fehle ihr an Transparenz und an Rechenschaftskultur. Zu oft gehe es im Umgang mit Eltern um die Durchsetzung von Autorität statt um die Suche nach Lösungen. Statt Experimente für wenige seien aber Verbesserungen für viele nötig. Man könne sich den teuren Weg der freien Schulwahl ersparen, wenn man in der Volksschule eine Kultur der Lösungssuche schaffe und daneben die Rudolf-Steiner-Schulen mit staatlichen Beiträgen unterstütze. Für Fehr liessen sich so 99 Prozent der diskutierten Probleme lösen. Genau darauf läuft der Gegenvorschlag der Regierung von Baselland hinaus, der am Sonntag der Schulwahl-Initiative gegenübersteht.